

MITTAGSPOST

Themen aus dem Bundestag

- In einer aktuellen Stunde auf Antrag der Grünen hat der Bundestag über die Verletzungen der **Pressefreiheit in der Türkei** debattiert. Die SPD forderte vor dem Hintergrund des Falls Böhmmermann eine rasche Abschaffung des Strafrechtsparagrafen 103, der die Beleidigung ausländischer Staatsvertreter ahndet.
- Um die **Stärkung der Stahlindustrie** geht es den Koalitionsfraktionen. Sie fordern die EU auf, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Stahlindustrie zu sichern, etwa durch entsprechende Regelungen beim Emissionshandel und bei Antidumpingverfahren gegen China.
- In erster Lesung beraten wurde die **Änderung des Sexualstrafrechts**. Sexuelle Nötigung und Vergewaltigung sind bereits strafbar, doch es gibt Gesetzeslücken, etwa wenn sich ein Opfer aus Angst vor Eskalation nicht gegen Übergriffe wehren kann. Da wird nachgearbeitet.
- Künftig fallen auch E-Books unter die **Buchpreisbindung**. Damit sichert der Gesetzgeber ein breites Buchangebot und schafft im stark digitalisierten Buchmarkt auch für kleine Buchhandlungen und Verlage stabile Rahmenbedingungen zur Existenzsicherung.
- Ohne Debatte wollten die Grünen einen Antrag zum **Fracking** durchbringen. Ich habe -wie andere Abgeordnete auch- in einer persönlichen Erklärung deutlich gemacht, dass es kein seriöses Verfahren ist, das Thema ohne Debatte zur Abstimmung zu stellen, zumal wesentlicher Regelungsbedarf in den Anträgen fehlt.

Parlamentariergruppe USA

Der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Matthias Müller, hat der Parlamentariergruppe USA den Sachstand über die **Situation von VW** in den Vereinigten Staaten erläutert und kritische Fragen beantwortet. (im Bild mit Jens Hanefeld, Dr. Thomas Steg)



Zu Gesprächen über Regelungen in der Angelfischerei ist der Präsident des Deutschen Fischereiverbandes, Holger Ortel, nach Berlin gekommen. Für mich eine willkommene Gelegenheit, meinen Vorgänger zu begrüßen. Die Bundesregierung erarbeitet derzeit eine Empfehlung für das **Fischerei-Management nach NATURA 2000**. Damit werden die Möglichkeiten beschnitten, in bestimmten Gebieten der Nordsee und Ostsee Fischfang zu betreiben. Auch Freizeitangler sind davon betroffen.



- Der **Parlamentskreis Tierschutz** hat auf die wirtschaftlich schwierige Lage der Tierheime aufmerksam gemacht. Viele Tiere werden aus finanziellen Gründen im Tierheim abgegeben oder einfach ausgesetzt. Illegal eingeführte Welpen landen oft krank in den Tierheimen. Auch exotische Fundtiere stellen die Einrichtungen vor immer größere finanzielle Probleme.

Sicher sein, sich sicher fühlen

Die **SPD-Bundestagsfraktion** hat auf einer Fachtagung eines ihrer Kernthemen diskutiert: die Sicherheit. Es geht dabei ebenso um Prävention wie um Strafverfolgung, um Vorsorge und Zivilschutz. Menschen sollen sicher sein und sich sicher fühlen können. Deshalb braucht es mehr Personal und Ausstattung für die Behörden. Die SPD fordert zusätzlich zu den bereits durchgesetzten 3000 Stellen für die Bundespolizei weitere Stellen auch für THW und Katastrophenschutz. An der Fachkonferenz nahmen zahlreiche Vertreter von Feuerwehr, THW, Polizei und von anderen Hilfsorganisationen teil. Hier im Gespräch mit Oliver Malchow, GdP-Vorsitzender und Holger Münch Präsident BKA.



Mit Landrat Carsten Harings aus dem Landkreis Oldenburg konnte ich von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt die neuen Bescheide zum Ausbau der **Breitbandförderung** im ländlichen Raum entgegen nehmen. Damit erhält nach der Wesermarsch der Landkreis Oldenburg bis zu 50.000 Euro um Ausbauprojekte für schnelles Internet zu planen.

Girl's Day

Zum **Girl's Day**, dem Zukunftstag zur Berufsorientierung der SPD- Bundestagsfraktion, habe ich die 16-jährige Marieke Lampe aus Delmenhorst nach Berlin eingeladen. Sie konnte mit Abgeordneten der SPD über Frauen und Politik diskutieren, an einem Planspiel teilnehmen, bei dem man die einzelnen Schritte eines Gesetzgebungsverfahrens lernen kann und sie hat auch den Bundestag besichtigt.



•Das **Bundesteilhabegesetz** verfolgt ehrgeizige Ziele: bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderungen durch mehr Selbstbestimmung, Unterstützung zur individuellen Lebensplanung und Verbesserungen bei der Finanzsituation. Bundesministerin Andrea Nahles hat den Entwurf nach einem acht Monate langen Beteiligungsprozess vorgelegt. Nun erfolgt die Abstimmung in den einzelnen Ressorts, danach die 1. Lesung im Parlament. Kernpunkt des Gesetzes ist die Reform der Eingliederungshilfe, mit der das bisherige Fürsorgesystem bei Leistungen zum Lebensunterhalt abgeschafft wird. Menschen mit Behinderungen sollen künftig auch Arbeitsmöglichkeiten außerhalb von Werkstätten haben.

Termine– eine Auswahl :

29.04. 18.00 Uhr Diskussionsabend zur B 212 mit Annette Kolley, Ortsfeuerwehr Hasbergen,

30.04. 18.00 Uhr Arbeitnehmerempfang Rathaus Delmenhorst, anschließend

20.00 Uhr Mahl der Arbeit, AfA, Kirchhatten,

01.05. Maikundgebung Delmenhorst,

02.05. 10.00 Uhr Gespräch bei den ver.di Senioren, Delmenhorst ,

02.05. 17.00 Uhr Diskussion mit dem SoVD Schwei zum Thema Rente

03.05. 15.00 Uhr Einsatz einer Schallschutzwand in Hude,

04.05. Diskussion mit Schülern der Oberschule Berne

anschließend Gespräch im HWK mit Prof. Dr. Christian Leuprecht aus Kanada,

07.05. 15.00 Uhr Besuch beim Feuerwehrverband Dinklage, Treffen mit Vertretern aus dem Wahlkreis